

# „Russland lügt, dass sich die Balken biegen“

Auf Einladung des **Gesellschaftspolitischen Bildungsvereins** spricht Detlef Wendt, ehemaliger Ministerialrat, Klartext zum Konflikt in der Ukraine

**Eschweiler.** Vor sechs Jahren stand die Ukraine als „Partner in Europa“ im Mittelpunkt des Europaforums des Europaverbands „Gesellschaftspolitische Bildungsgemeinschaft“ (GPB). Damals brachten zahlreiche Repräsentanten die beeindruckende Kultur, aber auch die Wirtschafts- und Sicherheitspolitik des osteuropäischen Staates den Indestädtern innerhalb unterschiedlichster Veranstaltungen näher. Seit Monaten steht die Ukraine nun weltweit im Blickfeld. Allerdings nicht in positiver Hinsicht. Aus den zunächst friedlichen Demonstrationen auf dem Maidan in der ukrainischen Hauptstadt Kiew, wo tausende Menschen wochenlang gegen die vor allem durch Korruption gekennzeichnete Janukowich-Regierung auf die Straße gingen, wurden gewaltsame Auseinandersetzungen mit inzwischen zahlreichen Toten. Die Krim spaltete sich mittlerweile ab und auch im Osten des Landes spitzt sich die Situation immer weiter zu. Die Übergangsregierung in Kiew scheint nur über geringe Macht zu verfügen. Unsicherheit grassiert und die Rolle, die der „große“ Nachbar Russland spielt, ist sehr zweifelhaft. Während der Mitgliederversammlung der GPB, die am Montagabend im Hotel de Ville stattfand, gab nun mit Detlef Wendt ein GPB'ler, der als ehemaliger Ministerialrat innerhalb der NRW-Landesregierung fünf Jahre lang im Bereich internationale Beziehungen und Europapolitik tätig war, Einblicke auf seine Sicht der Dinge in Sachen Ukraine-Krise.

„Meiner Meinung nach ist Deutschland und der Europäischen Union vorzuwerfen, dass es seit der orangenen Revolution in der Ukraine im Jahr 2004 keine strategisch aktive Ostpolitik mehr gegeben hat“, sprach der Referent, der mit einer Ukrainerin verheiratet ist, deutliche Worte. Der Grundsatz habe stets gelautet: Russland zuerst! „Damit ich nicht falsch verstanden werde: Russland gehört zu Europa. Ohne Russland kann es kein friedliches Europa geben. Brüssel und Moskau sollten die Pole Europas auch in Sachen Sicherheitspolitik darstellen“, machte Wendt deutlich. Doch seit der Wiederwahl Wladimir Putins sei eine Eiszeit zwischen Russland und Europa angebrochen. „Putin ist ein Großmachtfanatiker, dessen Ansichten sich immer weiter verhärten. Aber: Er ist nicht verrückt, sondern ein konsequenter Stratege, der sein Handwerk versteht“, so der gelehrte Jurist, der momentan als Präsident dem Landesamt für Verbraucherschutz in Thüringen vorsteht. Und zu diesem Handwerk zählten nicht zuletzt Desinformation und Lügenpropaganda.

„Es wird von Seiten Russlands gelogen, dass sich die Balken biegen. Das Ziel ist die Destabilisierung der Ukraine, mit der Putin von seinen immer größer werdenden innenpolitischen Problemen ablenken möchte!“ Leider fielen auch in Deutschland zahlreiche Menschen auf diese Propaganda herein. „Nicht zuletzt im Osten Deutschlands, wo, verständlicherweise, nach wie vor eine gewisse Verbundenheit zu Russland besteht, die jedoch manchmal den Blick auf die Realität verstellt.“

## Blick auf die Realität verstellt

Für Detlef Wendt ist klar, dass die russische Regierung so weit gehen werde, wie der Westen sie gehen lasse. „Obwohl ich seiner Partei nahe stehe, halte ich die derzeitige Politik von Außenminister Steinmeier für nicht so gut. Er zeigt zu wenig klare Kante. Und in Moskau wird registriert, wenn auf der anderen Seite der Mut fehlt, entschlossen aufzutreten.“ Der Absicht, die Ukraine in die Rolle eines neutralen Brückenstaates zu drängen, steht der ehemalige Ministerialrat skeptisch gegenüber. Und die Übergangsregierung in Kiew? Ist diese hauptsächlich von Faschisten unterwandert? „Nein“, so die Antwort von Detlef Wendt.

„Es ist eine Tatsache, dass die Unterstützung der Swoboda-Partei zwischen drei und fünf Prozent liegt. Es handelt sich also um eine absolute Minderheit!“ Generell sei die „Maidan-Bewegung“ die Ablehnung des Volkes gegen den totalitären Oligarchenstaat und die korrupte Regierungselite gewesen. Und die Zukunft? „Russland will die Wahl am 25. Mai verhindern. Schließlich sprechen sich laut Umfragen 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung für einen einheitlichen ukrainischen Staat aus“, so Detlef Wendt. Die Menschen in Deutschland und Europa seien gefordert, sich objektiv zu informieren, um sich ein realistisches Bild von der Situation in der Ukraine zu verschaffen. Eine bewusste Hinwendung der Politik in Richtung Osten sei dringend notwendig. „Die friedliche Integration Osteuropas darf nicht aus den Augen verloren gehen“, beendete Detlef Wendt seine Ausführungen, denen sich eine intensive Diskussion anschloss. „Wir wünschen unseren Freunden in der Ukraine, dass sie so schnell als möglich wieder in Frieden in einem souveränen Staat leben können. Denn eines dürfen wir nie vergessen: Wir reden über Menschen“, betonte der GPB-Vorsitzende Peter Schöner. (ran)

**Eine absolute Minderheit**

## Eine absolute Minderheit

Befürwortet in der Ukraine-Krise eine entschlosseneren Politik gegenüber Russland: Der ehemalige Ministerialrat Detlef Wendt sprach während der GPB-Mitgliederversammlung deutliche Worte. Foto: Andreas Röchter



Befürwortet in der Ukraine-Krise eine entschlosseneren Politik gegenüber Russland: Der ehemalige Ministerialrat Detlef Wendt sprach während der GPB-Mitgliederversammlung deutliche Worte. Foto: Andreas Röchter